



Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)
Joint Conference Church and Development (GKKE)
Conferencia Conjunta Iglesia y Desarrollo (GKKE)
Conferência Conjunta Igreja e Desenvolvimento (GKKE)

„Konfliktherd Nigeria“

Diskussionspapier

I. Einleitung

Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention sind mittlerweile allgemein geteilte Leitperspektiven in der deutschen Außenpolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit. Auch unsere Partner im Süden drängen zunehmend auf die Auseinandersetzung mit diesem Problemfeld. Die katastrophalen Erfahrungen, die die internationale Gemeinschaft in Konfliktlagen wie z.B. in Somalia und Ruanda gemacht hat, haben insgesamt ein neues Denken über den adäquaten Umgang mit Krisen und Konflikten angestoßen. Dies kommt auch in den verstärkten Bemühungen der Bundesregierung zur Förderung der Konfliktbearbeitung und Krisenprävention zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang lässt sich für Deutschland hinsichtlich der prinzipiellen Erwägungen weitestgehender Konsens zwischen den Hilfswerken und der staatlichen Politik insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit feststellen. Nichts desto weniger erweist sich die Wirklichkeit gegenüber Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung im Konkreten widerständig. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Tendenz in alten, erst auf die Evidenzen der Gewalt reagierenden Politikmustern zu agieren, nach wie vor sehr stark ist. Die Komplexität, auf der gewaltträchtige Konflikte meist beruhen, bleibt dabei allzu oft unterbestimmt bzw. kommt mit Blick auf die Konfliktodynamik erst zu spät politisch in den Blick.

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung hat sich vor diesem Hintergrund entschlossen, die Frage nach den Möglichkeiten, Erfordernissen und Grenzen von Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention im Rahmen eines politischen Dialogprogramms anhand des konkreten Falls Nigeria zu diskutieren. Sie will damit einen konkreten Beitrag zur Stärkung der Friedensfähigkeit von Außen- und Entwicklungspolitik leisten.

In Vorbereitung dieses Dialogprogramms hat eine entsprechende Fachgruppe den Versuch unternommen, einen ersten systematischen Zugriff auf die Konfliktlagen in Nigeria zu entwickeln. Dieser soll in unterschiedlichen Kontexten mit Vertretern aus Politik und Administration in Deutschland diskutiert werden.

II. Konfliktherd Nigeria

Nigeria kommt sowohl aufgrund seines Bevölkerungsreichtums als auch seiner ökonomischen Ressourcen eine zentrale strategische Bedeutung für die weitere Entwicklung Afrikas zu. Darüber hinaus kommt Nigeria als größtem christlich-muslimischen Land der Erde eine mehr als symbolische Funktion für die Beziehungen zwischen der christlichen und muslimischen Welt zu. Vor diesem Hintergrund erhält der Demokratisierungs- und Transformationsprozess, der mit dem Ende der Militärdiktatur 1999 eingeleitet wurde, seine dramatische Relevanz. Die Wahlen im April 2003 haben die Fragilität dieses Prozesses eindrucksvoll verdeutlicht. In scharfem Kontrast zu den großen Hoffnungen, die viele Nigerianer in die Demokratisierung Nigerias gesetzt haben, sind die letzten Jahre von einer zunehmenden Verschärfung unterschiedlichster Konflikte geprägt gewesen. Insbesondere im Zuge der sog. Sharia-Auseinandersetzungen ist es wiederholt zu massiven gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, die zu mehreren tausend Toten geführt und u.a. das Problem der Binnenwanderung Nigerias verschärft haben.

Eine Analyse der Konflikte in Nigeria macht deutlich, dass man sich vor vorschneller Verallgemeinerung hüten sollte. Die Konstellationen in den einzelnen Bundesstaaten sind jeweils sehr speziell und erfordern insbesondere bei der Entwicklung konkreter Maßnahmen jeweils eigene Analysen. Nichts desto weniger lassen sich einige wesentliche Grundmuster identifizieren, die in allen Konflikten in unterschiedlicher Weise Einfluß nehmen und die ein generelles Konfliktmuster bilden. Eine Analyse, die sich ausschließlich auf die regionale Ebene konzentrieren würde, liefere Gefahr, übergreifend relevante Faktoren nicht in der gebotenen Schärfe in den Blick zu nehmen.

II.I. Die Situation nach der Militärdiktatur

Das Erbe der Militärdiktatur, die nicht unwesentlich Probleme der kolonialen Hinterlassenschaft verstärkte, stellt die Systemtransformation zu einer Demokratie vor eine Reihe gravierender Herausforderungen. Sowohl die wirtschaftliche Struktur des Landes, die prekären Fähigkeit seiner politischen Institutionen als auch seine politische Kultur stellen erhebliche Hindernisse bei der Bewältigung der sich verschärfenden sozialen Situation des Landes dar. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass 66% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben (1990 33%, 1998 48%) wird verständlich, dass die konflikthafte Aufladung der politischen und sozialen Situation in Nigeria steigt.

Konfliktstoff: Mehrheiten/Minderheiten, ethnische und kulturelle Differenz

Die soziale Aussichtslosigkeit befördert durch die abnehmende Fruchtbarkeit weiter Regionen verstärkt die Tendenzen zur Binnenwanderung, u.a. auf der Suche nach bearbeitbaren Böden und Arbeit. Diese Wanderungsbewegungen, die sich insbesondere im Middle-Belt konzentrieren, führen zu erheblichen Spannungen zwischen den zuwandernden und eingesessenen Bevölkerungs-

gruppen. Auch die Konflikte zwischen Nomaden und Bauern nehmen angesichts des knapper werdenden Landes, das es kaum noch ermöglicht, siedlungsfreie Wandertrassen zu schaffen, an Intensität zu. Angesichts der Tatsache, dass der Zugriff auf Ressourcen wesentlich über den Staat ermöglicht wird, nehmen viele dieser wanderungsbedingten Konflikte ihren Ausgang bei der Auseinandersetzung um politische Repräsentation. Ängste vor weiterem sozialen Abstieg sowie vor dem Dominiertwerden durch eine andere Gruppe verstärken das allgemeine Gefühl sozialer Bedrohtheit, das sich u.a. in der anwachsenden Gewaltbereitschaft insbesondere unter arbeits- und perspektivlosen Jugendlichen ausdrückt.

Dabei werden diese Konflikte um Zugang zu Land und Wasser sowie politischer Repräsentation oftmals entlang ethnischer bzw. kultureller Linien aufgeladen, insbesondere dort wo die historischen Vorbedingungen der ethnischen Beziehungen dies fördern. Die ethnische bzw. kulturelle Differenz stellt dabei aber keineswegs die Konfliktursache dar. Sie bildet vielmehr einen Interpretations- und Mobilisierungsrahmen für die Durchsetzung von Gruppeninteressen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die Politisierung von Ethnizität für gewöhnlich von politischen Eliten bewußt gefördert und instrumentell eingesetzt wird.

Konfliktstoff: Religiöse Differenz

Ähnliches lässt sich hinsichtlich der zunehmenden religiösen Aufladung insbesondere zwischen christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen feststellen. Neben der wachsenden religiösen Aufladung der angesprochenen regionalen Land- bzw. Migrationskonflikte, die sich seit Beginn der 90er Jahre feststellen lässt, kommt hier ein weiterer gesamtnigerianischer Faktor ins Spiel, der für das langfristige Gelingen der Demokratisierung Nigerias von erheblicher Bedeutung sein wird.

Mit Beginn der Demokratisierung 1999 brachen zwölf nördliche Bundesstaaten mit der säkularen Verfassungstradition. Diese beschränkte in Fortführung der kolonialen Regelungen die Zuständigkeit islamischer Gerichte auf Familien- und Erbschaftsangelegenheiten. Unter Verweis auf die neu gewonnene Demokratie und das vermeintliche Scheitern westlicher Rechtsprechung, machten nunmehr Muslime ihr Recht auf Selbstbestimmung geltend, um das koloniale Erbe endgültig abzuschütteln. In einer Reihe von Bundesstaaten wurde – wenngleich in unterschiedlicher Weise - die Sharia als Strafrecht eingeführt. Zamfara State, bemerkenswerter Weise der rückständigste aller Bundesstaaten, führte als erster die orthodoxe Variante der islamischen Gesetzgebung ein. In Reaktion auf die Ausweitung islamischen Rechts kam es insbesondere in Regionen, in denen christliche Minderheiten diesem Recht unterworfen wurden, zu vorhersehbaren und offensichtlich kalkulierten gewaltsamen Ausschreitungen.

Es wäre allerdings grundlegend verfehlt, würde man diese Auseinandersetzung im Sinne eines Clash of Civilisations sehen. Der Beginn der Scharia-Kampagne ist vielmehr als ein Versuch der muslimischen Hausa-Fulani-Eliten zu verstehen, auf ihren seit dem Ende der Militärdiktatur gesunkenen politischen Einfluß auf den Staat und damit verbunden den abnehmenden Zugriff auf die

wirtschaftlichen Ressourcen zu reagieren. Die Hausa-Fulani-Eliten treiben damit ein riskantes Spiel der Konfrontation. Angesichts der Tatsache, dass der Norden weder militärisch noch ökonomisch Druck auf den Süden auszuüben in der Lage ist, bleibt zur Erzeugung dieses Drucks letztlich nur die politische Geiselnahme christlicher Bevölkerungsgruppen, die nicht zufällig als erste zu Opfern bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen wurden. Die Verfassungswidrigkeit des Vorgehens ist offensichtlich. Das eigentliche Problem ist aber nicht auf dieser Ebene zu beantworten. Die gefährliche Mobilisierungskraft der Sharia-Kampagne beruht auf der Sehnsucht der verarmten Massen des Nordens nach der Herstellung einer sozial und politisch tragfähigen Ordnung. Dabei spielt die Enttäuschung über das Unvermögen des demokratischen Systems, Behördenwillkür oder korrupte Politiker zu stoppen und eine Verbesserung der Lebensbedingungen herbeizuführen, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der Rigidität der Sharia wohnt ein egalitäres Moment inne, das angesichts der dramatischen sozialen und politischen Ungleichheit, die die nigerianische Wirklichkeit prägt, eine gewisse Anziehungskraft entfaltet. Gepaart mit den Interessen des ebenfalls im sozialen Abstieg befindlichen niederen islamischen Klerus ist ein gefährliches politisches Gemisch entstanden, dem ein erhebliches Potential zur Verselbständigung innewohnt. Es ist keineswegs auszuschließen, dass es sich mittelfristig gegen die korrumpierten Eliten selbst richtet, die die Sharia-Kampagne zur Durchsetzung ihrer Interessen begonnen haben.

Globale Entwicklungen in den komplexen Beziehungen zwischen christlicher und muslimischer Welt, sowie regionale Erfahrungen in diesen Beziehungen können konfliktbegünstigend wirken. Insbesondere das Wirken mancher christlicher Erweckungsbewegungen, die auf ähnliche Sehnsüchte der verarmten christlichen Massen zielen, befördern die Konflikträchtigkeit der politischen Situation. Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass trotz des engagierten Bemühens vieler christlicher und muslimischer Religionsführer, die Konflikte nicht zu Religionskonflikten werden zu lassen, mit dem Andauern dieser Konfliktmuster auf allen beteiligten Seiten die Tendenzen zur religiösen Überhöhung der Konflikte stärker und diese in zunehmenden Maße prägen werden. Insbesondere mit steigender Gewalttätigkeit wird die Bereitschaft zu exklusiven Konfliktdeutungen entlang religiöser Gut-Böse-Schemata, die nur noch schwerlich verhandelbar sind, zunehmen. Auch wenn diese „religiösen“ Kontexte bei der Bearbeitung der Konflikte ein eigens zu beachtender Faktor sind, sind nichts desto weniger die politischen, sozialen und ökonomischen Grundlagen dieser Konflikte wesentlich zu fokussieren.

Konfliktstoff: Ressourcenreichtum, Ressourcenknappheit, Ressourcenverteilung

Zu diesen Konfliktgrundlagen gehört neben den erwähnten Problemen im landwirtschaftlichen Bereich die spezifische Struktur der nigerianischen Wirtschaft, die wesentlich auf ihre ausschließlich im christlichen Süden des Landes befindlichen Öl- und Erdgasvorkommen gegründet ist. Die Dominanz dieses Faktors wird aus der Tatsache ersichtlich, dass 90% der Exporterlöse durch Erdöl erzielt werden.

Die Entdeckung der Erdölvorkommen in den 70er Jahren sowie die Konzentration auf die Ausbeutung dieser Vorkommen hat zu einer die Gesamtstruktur der nigerianischen Wirtschaft schädigenden Vernachlässigung der Nicht-Ölsektoren geführt. Es ist nicht gelungen, weiterverarbeitende Industrie sowie kleine und mittelständische Unternehmen in wirksamer Weise aufzubauen. Die Infrastruktur des Landes ist weitestgehend zerrüttet.

Der Zugriff auf die Einnahmen aus den Rohstoffexporten erfolgte ausschließlich über die Zentralregierung, was u.a. zu erheblichen Konflikten mit nicht beteiligten Bevölkerungsgruppen im Süden führte. Die Verdrängung der Hausa-Fulani-Eliten aus der Zentralregierung, wie seit dem Ende der Militärdiktatur geschehen, erhält vor diesem Hintergrund seine politisch-ökonomische Brisanz. Mit der Fixierung auf die Öleinnahmen wurden Exporteinnahmen zu den wesentlichen Staatseinnahmen. Zugleich wurde der Staat zur zentralen wirtschaftlichen Ressource der verschiedenen politischen Eliten, was wiederum eine Budgetexplosion mit katastrophalen Auswirkungen zur Folge hatte. Die politischen Eliten entwickelten dabei befördert durch den Ölboom eine prekäre Rentenorientierung. Kurzfristige Rentenorientierung sowie die Volatilität des Ölmarktes führten zu einer angesichts des Ressourcenreichtums völlig unnötigen Staatsverschuldung. Die Auswirkungen auf die Staatlichkeit Nigerias sind verherrend. Korruption, Klientellismus und damit einhergehende Phänomene des inneren Staatszerfalls wirken auf das nachteiligste auf den Demokratisierungsprozess ein.

Konfliktstoff: Korruption, Mangel an wirksamen Institutionen

Die Korruption in Nigeria sowie seine problematische konfliktbeladene Staatlichkeit haben vielfältige Wurzeln, die nur zu Teilen – wenngleich erheblichen - den Militärdiktaturen angelastet werden können. Nigeria bildet damit gewissermassen die Spitze eines für die größten Teile Afrikas bezeichnenden Problems. Für die Perspektiven des Demokratisierungsprozesses, der immer auch ein Prozess der gesellschaftlichen und staatlichen Integration sein muß, sowie für die Fähigkeit des Staates in Nigeria, konstruktiv zur Lösung der virulenten Konflikte beizutragen, kommt der Bewältigung des Korruptionsproblems eine zentrale Rolle zu. Die Wiederherstellung staatlicher Handlungsfähigkeit unter demokratischen und rechtsstaatlichen Bedingungen ist insbesondere mit Blick auf den Sicherheitssektor dringend erforderlich. Die zunehmende Gewaltförmigkeit der Konflikte ist nicht zuletzt Ausfluß der Staatszerfallstendenzen, wie an der massenhaften Verbreitung von Kleinwaffen, der damit einhergehenden Sicherheitsproblematik sowie der in Reaktion darauf zunehmenden Privatisierung von Sicherheit resp. Gewalt sichtbar wird.

Die prekäre Staatlichkeit Nigerias ist im Kern kein neues, sondern ein altes Problem, das bereits im Kolonialstaat angelegt war. Es findet seine Entsprechung in der ebenfalls prekären Situation der Zivilgesellschaft. Die postkoloniale neopatrimoniale Herrschaftspraxis hat die Verfallsprozesse der modernen, bürokratisch-rationalen Staatselemente über die Zeit hin weiter befördert, die ihren Ausdruck zunächst in der in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts konstatierten Krise des

imaginierten Entwicklungsstaates fand und im Zusammenwirken mit den neoliberalen Strukturanpassungspolitiken in den aktuellen Krisen des Staates mündete. Die schwache, neopatrimoniale Staatlichkeit ist letztlich die strukturelle Ursache für die endemische und scheinbar kaum zu überwindende Korruption, aber auch für die Prozesse des Staatsversagens, Staatsverfalls und schließlich des Staatszerfalls, wie sie gegenwärtig zu beobachten sind. Dass Korruption auch in Nigeria keineswegs kulturalistisch-resignativ als originär afrikanischer Weg gesehen wird, zeigt sich in jedem Wahlkampf, in dem der politische Gegner jeweils unter Hinweis auf Korruptionsvergehen denunziert wird. Zugleich sind auch Organe der Öffentlichkeit, die Zeitungen, voll mit Korruptionsberichten. Jede Militärregierung ist noch mit dem Versprechen angetreten, die Korruption ihrer Vorgängerregierung – gleich ob zivil oder militärisch – auszurotten, um dann nur noch mehr der Korruption anheim zu fallen. Einer wirksamen Institutionalisierung der Normenkontrolle käme als Instrument der wirksamen Korruptionsbekämpfung eine zentrale Rolle zu.

Die Rolle des nigerianischen Militärs

Eine solche Normenkontrolle d.h. Wiederherstellung des Rechts und Schaffung rechtsstaatlicher Abläufe gälte es, ebenso in Bezug auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen zu Zeiten der Militärdiktatur sowie in der Gegenwart zu stärken. Dabei stösst man auf eines der wesentlichen Problem des Demokratisierungsprozesses bei der Überwindung der Folgen der Militärdiktatur in Nigeria. Das Militär ist nach wie vor einer der zentralen Eckpfeiler der Machtverteilung. Keine Regierung kann ohne die massive Unterstützung des Militärs regieren. Dabei beeinflussen finanzstarke Offiziers- und Generals-Netzwerke, bestehend aus aktiven und pensionierten Militärs, erheblich die politische Willensbildung, was u.a. auch darin Ausdruck fand, dass sämtliche Präsidentschaftskandidaten 2003 ehemalige Militärs waren. Gleichzeitig sind angesichts dieser Tatsachen dem erforderlichen Eliten- und grundlegenden Politikwechsel sowie der Aufarbeitung der Militärdiktatur enge Grenzen gesetzt, was die Legitimität des Demokratisierungsprozesses in den Augen vieler Nigerianer beeinträchtigt.

II.II. Der Einfluß externer Akteure

Der außenpolitische Hauptpartner Nigerias sind die USA. Der Zugang der USA zu Nigeria ist durch dezidierte, im Wesentlichen energiepolitische und geopolitische Interessen in Afrika geprägt, in deren Zentrum die Diversifizierung der Energieversorgung steht. Importe von Öl und Gas sollen binnen weniger Jahre - bisher liefert Nigeria 8-9% der US-Ölimporte - auf mindestens 15% gesteigert werden.

Darüber hinaus bestehen militärische Interessen, die sich u.a. in einer traditionell engen militärischen Zusammenarbeit beider Länder niederschlagen. In diesem Kontext trainieren aktive und im Ruhestand befindliche US-Militärberater nigerianische Offiziere und Soldaten. In jüngster Zeit erkannten die USA den dringenden Handlungsbedarf, die von der nigerianischen Militärdiktatur zerstörte Polizei wieder aufzubauen, um die katastrophale Sicherheitslage zu verbessern. Die Politik der USA war, was sie in den Augen vieler Nigerianer diskreditiert, lange Jahre weniger an der Herstellung menschenrechtskonformer und demokratischer Verhältnisse sondern vielmehr einer stabilen Garantie der energie- und geopolitischen Interessen ausgerichtet. Zu diesem Zweck wurde eng mit der Militärdiktatur kooperiert. Die Eindämmung islamistischer Tendenzen sowie des Drogenhandels sind weitere Ziele. Für die Entwicklung des Demokratisierungsprozesses insbesondere der Stärkung der Staatlichkeit, wird vieles davon abhängen, wie die USA ihre energiepolitischen Interessen in Nigeria in Zukunft wahrnehmen. Es ist darauf zu drängen, dass dies unter Berücksichtigung der langfristigen Stabilität und Demokratisierung Nigerias geschieht. Eine wesentlich auf Exploration abgestellte Interessenwahrnehmung würde die prekären Konfliktlagen in Nigeria erheblich verschärfen. Insbesondere wird viel davon abhängen, welche politischen Signale seitens der USA an die bleibend einflussreichen militärischen Akteure gesendet werden.

Die EU, in der die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien die deutlichsten Interessen in Nigeria geltend macht, hat einen nicht zu unterschätzenden – wenngleich vergleichsweise geringen - Einfluß auf die Verhältnisse in Nigeria. Durch intensivere Förderung zivilgesellschaftlicher sowie rechtsstaatlicher Strukturen könnte sie einen produktiven Beitrag leisten. Grundsätzlich drückt sich im geringen Profil der EU-Politik die Nachrangigkeit afrikanischer Problemstellungen für die europäische Politik aus. Dies gilt in besonderer Weise für die deutsche Politik. Im deutschen Fall trägt dazu sicherlich das geringe bilaterale Handelsvolumen bei.

Angesichts der sich zuspitzenden sozialen Situation sowie der weitreichenden Bedeutung Nigerias für die Entwicklungen in Afrika sowie darüber hinaus für das Verhältnis der christlichen zur muslimischen Welt ist eine politische Zielsetzung, die sich wesentlich an wirtschaftspolitischen Interessen ausrichtet, in hohem Maße unbefriedigend und tendenziell unzulänglich. Vielmehr sollten Maßnahmen ergriffen und gefördert werden, die geeignet sind, die Institutionalisierung funktionierender Verwaltungsstrukturen, die rechtsstaatlich fundiert sind, systematisch zu stärken. Sie sind die Voraussetzung, damit auch andere Politiken, die auf die Armutsbeseitigung gerichtet sind, überhaupt Erfolg haben können. In diesem Zusammenhang kommt der Korruptionsbekämpfung eine zentrale Funktion zu. Hier wären Maßnahmen zu ergreifen,

- zur Begrenzung der "politischen" Korruption der politischen Führung, durch parlamentarische und gerichtliche Kontrolle,
- zum Abbau dirigistischer Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess,
- zur Begrenzung der Staatstätigkeit in der Wirtschaft,

- für höhere Gehälter für Amtsträger plus wirksamen Sanktionen gegen Korruptionsverstöße,
- für wirksame Kontrollmechanismen im öffentlichen Dienst.

Die zentrale Aufgabe der Armutsbekämpfung wird langfristig nur erfolgreich sein können, wenn sie unter tendenziell stabilen rechtsstaatlichen Bedingungen angegangen wird. Die verstärkte Förderung der Herstellung von demokratischer Rechtsstaatlichkeit ist dementsprechend ein Gebot der Kohärenz, der eigenen Bemühungen zur Armutsbekämpfung. Ohne die Einflußmöglichkeiten externer Akteure zu überschätzen, kann man davon ausgehen, dass angesichts der charakteristischen Abhängigkeit Nigerias vom Weltmarkt konkrete Interventionsmöglichkeiten gegeben sind, wenn man bereit ist, die kurzfristigen wirtschaftlichen bzw. politischen Interessen im Lichte des langfristigen Interesses an einer stabilen und demokratischen Entwicklung Nigerias neu zu bewerten.

Doch auch die zivilgesellschaftlichen insbesondere die kirchlichen Akteure sind gefordert, ihre Bemühungen um die Konflikttransformation in Nigeria zu stärken. Kirchlicherseits ist ein besonderes Augenmerk auf die Entschärfung religiös interpretierter bzw. etikettierter Konfliktlagen zu legen, neben der in Implementierung begriffenen Konfliktfolgenabschätzung bei der Entwicklung der klassischen Projektpolitik, die bleibend die Überwindung von sozialer und ökonomischer Ungerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen muß, wird man weitere Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft sowie zur Qualifizierung und Begleitung nigerianischer Akteure in den Blick nehmen müssen. Besondere Aufmerksamkeit wird mittelfristig die Bewältigung der individuellen wie kollektiven Traumatisierungen durch Gewalterfahrung erfordern, die die politische Kultur Nigerias in signifikanter Weise vergiften.

Es wird vieles davon abhängen, inwieweit es gelingt, die hoffnungsfähigen Tendenzen in Nigeria zu verstärken. Der Umstand, dass es bei allen berechtigten Vorbehalten zum ersten Mal in der nigerianischen Geschichte gelungen ist, eine demokratisch legitimierte Regierung durch Wahl zu bestätigen, weist in die richtige Richtung.